

Migranten in der postsouveränen Nation – Neue Bürger, Gefährder der Ordnung oder Opfer?

ULRICH BIELEFELD

Migration ist eine Tatsache moderner und offener Gesellschaften. Diese Beobachtung lässt sich schnell bestätigen, schaut man nur auf die zwei deutschen Gesellschaften, die von 1949 bis 1989 existierten. Beide waren ‚modern‘, d.h. industriell und technologisch entwickelt, und beide waren in sehr unterschiedlichem Sinne demokratisch, die eine volks-, die andere mehrheitsdemokratisch. War die eine jedoch faktisch geschlossen mit einer perfektionierten, fast vollständigen Kontrolle über Aus- und Einreise, in ihrer Selbstbeschreibung und rechtlichen Institutionalisierung aber dennoch ‚republikanisch‘, mit einem als politisch definiertem Volk als Klasse, so war die andere offen, mit regulierter Einwanderung von (Gast-)Arbeitern und einer zwar allmählichen, aber nachhaltigen Veränderung der Zugehörigkeitsstruktur der Bevölkerung. Rechtlich und diskursiv war die alte Bundesrepublik weiter an einem ethnischen Begriff des Volkes orientiert, wenn dieser auch nun als kulturelle Zugehörigkeit verstanden wurde. Es ist kein Zufall, dass programmatische Veränderungen des Staatsangehörigkeitsrechts erst nach 1989 möglich wurden. Es konnte nun ‚republikanisieren‘ werden, auch wenn es restriktiv orientiert blieb.

Unterschiedlicher also könnten die zwei Teile bezogen auf ihre faktische Bevölkerungsstruktur, auf Einwanderung und auf ihre politisch-kulturelle Selbstthematisierung und Programmierung nicht gewesen sein. Der Vereinigungsdiskurs, bezogen auf die Herstellung eines gemeinsamen

Bezuges, arbeitete für kurze Zeit auch mit Begriffen, die eher an ‚Reinheit‘ denn ‚Einheit‘ erinnerten. Nun sollte das Volk für manche ein Volk werden, die Imaginationen, die Vorstellungen eines überfluteten Wir wurden nicht nur formuliert, sondern schienen plausibler zu werden, so dass die Mehrheit als von einer schon anwesenden Minderheit gefährdet vorgestellt wurde und zudem als in Gefahr, von den Kommenden, den als Kommenden vorgestellten Massen aus dem Osten, überrollt zu werden. Es schien damit gefährdet, was doch zur Erfahrung des Westens gehörte: dass zum Erfolg dieser Gesellschaft ihre Öffnung gehörte, eine Öffnung nicht nur für Waren, sondern auch für Menschen und kulturelle Praktiken. Denn die Leute, die gekommen waren, die Neuankömmlinge, stellten keinen Verlust, sondern einen Gewinn dar.

In kurzer Zeit wurden enorme Wege zurückgelegt. Nicht nur die Bevölkerungsstruktur, sondern auch Staat und Gesellschaft veränderten sich. Mit dem Volk als substantieller Einheit veränderte sich der Begriff der Souveränität. Er bezeichnete nicht mehr einen autonomen politischen Verband, der sich vor allem durch Unterscheidung nach außen und innen realisierte, sondern eine politische Gesellschaft, die sich reflexiv auf die anderen bezog. Dies kam durchaus einer Revolution gleich. Es handelte sich um eine im Rückblick als tiefgreifend sichtbar werdende Strukturveränderung, nicht nur des Politischen, sondern auch des Gesellschaftlichen. 1945 waren nicht nur deutsche Städte, sondern war die Welt des NS-Staates in Schutt und Asche gelegt. Nichts war mehr wie zuvor, wie vor 1942, 1939 oder auch vor 1933, wo auch immer das Datum gesetzt wird. Und doch war nicht alles anders geworden. Der Zivilisationsbruch brachte außer Schuld die weitgehende Zerstörung der eigenen Gesellschaft. Hatte der Nationalsozialismus den Nationalstaat schon durch rassistische und territoriale Entgrenzung aufgelöst, waren nun Städte und Lebensgrundlagen, Moral und Gesellschaft zerstört. Dennoch gab es einen kaum beobachteten, paradoxen und perversen Effekt der todbringenden Praxis der Herstellung der Volksgemeinschaft. Nie zuvor gab es ein ‚deutsches Volk‘, das tatsächlich so ‚rein‘ war wie in den kurzen und manchmal auch längeren Jahren nach 1945 und 1949. Kurz: Die Volksgemeinschaft realisierte sich in der Niederlage als nun tatsächlich weitgehend homogene deutsche Bevölkerung. Das Volk war wieder zum ‚empirischen Volk‘ geworden, es hatte sich selbst auf diesen Status reduziert, der sich vom rechtlich konstituierten Volk als dem Volk der Freiheit unterscheidet. Es war nun homogen, aber ohne zunächst

rechtlich konstituiert zu sein, ohne Souveränität und orientiert am Leben als Überleben. In der Auflösung ging es um das ‚Sein‘ als ‚Dasein‘. Die essenzielle Gemeinschaft der Aufgelösten wurde als ‚Stamm‘ imaginiert, als ein Stamm, der nun kolonisiert wurde: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonenien“.¹ Noch nie zuvor entdeckt, gereinigt und nur noch dem Humor, der Kultur und dem Geiste dienend, wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem Stamm nicht um Menschenfresser handele, sondern um besonders gute Liebhaber und besonders feurige Mädchen. Man nahm sich nun, in der Niederlage, tatsächlich nicht nur als geteiltes, sondern gleichzeitig als ‚empirisches Volk‘ wahr, als homogen, schicksalhaft vereint, ohne Staat, versetzt in den Urzustand der Stammesgesellschaft. Das empirische Volk zeigte sich als das Volk der Unfreiheit. Dieses auf Einheit, auf Angehörigkeit (im Unterschied zu Zugehörigkeit) reduzierte Volk beschrieb sich nun selbst als Kultur.

Homogenität, wie auch immer bestimmt – kulturell, ethnisch, religiös, national oder rassisch – wird als Ausnahme deutlich, die an eine extreme Sondersituation gebunden war. Denn der moderne, sich demokratisierende Staat und seine Gesellschaft waren und sind dies alles nicht: einheitlich, homogen oder gar ‚natürlich‘. Das empirische Volk lässt sich mit Immanuel Kant als Volk der Unfreiheit, des Verlustes von politischer, rechtlicher und moralischer Konstituierung verstehen. Dieser für die Moderne unwahrscheinliche Zustand der Homogenität war Folge von Vernichtungspolitik und Krieg und er war verbunden mit der dramatischen Unordnung und Zusammenhangslosigkeit der Zusammenbruchsgesellschaft (Lutz Niethammer), die sich erst im Blick aus dem Nachhinein als Übergangsgesellschaft (Uta Gerhardt) zu erkennen gibt. Noch auf dem Gebiet der gerade gegründeten Bundesrepublik gab es keine Fremden als Minderheiten mehr. Es gab ‚Neuankömmlinge‘ und soziale Ausgrenzung, es gab ganz unterschiedliche

1 „Wir sind die Eingeborenen von Trizonenien,/ Hei-di-tschemmela-tschemmela-tschemmela-tschemmela-bumm!/ Wir haben Mädelein mit feurig wildem Wesen,/ Hei-di-tschemmela-tschemmela-tschemmela-tschemmela-bumm!/ Wir sind zwar keine Menschenfresser,/ doch wir küssen umso besser./ Wir sind die Eingeborenen von Trizonenien,/ Hei-di-tschemmela-tschemmela-tschemmela-tschemmela-bumm! (Karl Berbuer, 1948; Musik und Text sind zu hören und zu lesen auf: <http://www.youtube.com/watch?v=24zmxUw6dcQ>, zuletzt eingesehen am 8.4.2012).

lokale Mischungen von Insidern und Outsidern, die in manchen ländlichen Gegenden und kleinen Orten durchaus einen beträchtlichen Anteil an der Bevölkerung ausmachten. „Dass die sich hier breitmachten, das Geschirr anstießen und das Klo nicht in Ordnung hielten, hatte mit ‚Volksgemeinschaft‘ zu tun“, so beschreibt Walter Kempowski in *Alles umsonst* die Situation mit den ersten Flüchtlingen.² Denn sie alle, fast alle, gehörten dazu, gehörten zum engen oder weiteren, meist ungenauen Begriff des als gemeinsam Definierten und hatten in der einen oder anderen Form damit zu tun. Auch die Flüchtlinge waren zugehörige Outsider, deren Integration sofort zum Thema und vor allem zur Politik und d.h. zur Institution wurde.

Das Durcheinander und die Unordnung der Zusammenbruchs- als Übergangsgesellschaft widersprechen nicht der Feststellung von Homogenität. Auch die Bevölkerung und die Bevölkerungen waren durcheinander geschüttelt, man war ‚mobil‘, suchte nach einem neuen Ort oder wollte zum alten zurück, heimkehren. Minderheiten aber gab es kaum mehr. Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug nur noch 0,1% der Bevölkerung (13.09.1950). Auch der Ausländeranteil, sieht man von den Soldaten der Befreiungsarmeen ab, war auf 1,1 % (01.10.1950) gesunken und sollte bis 1955 weiter auf 0,9% zurückgehen. Die Zahlen für die DDR waren vergleichbar gering. Es werden 0,02% Israeliten angegeben, eine statistische Angabe zu Ausländern lässt sich nicht finden, allerdings stammten 7,2% der Bevölkerung nicht aus Deutschland nach dem Gebietsstand von 1937. Denn auch das gilt es zu berücksichtigen und enthält einen wichtigen Hinweis: es war ‚institutionell‘ keineswegs klar, wer als ‚Deutscher‘ gerechnet werden konnte. Die Zuschreibung variiert zeitlich und territorial. Die deutschen Gerichte in der englischen Besatzungszone schufen etwa den Begriff des ‚Als-ob-Deutschen‘, um Zugehörigkeitsfragen rechtlich entscheiden zu können.

Deutlich wird: Das Nichtmehrvorhandensein von Minderheitengruppen und die praktische Nichtexistenz von Ausländern sind Kennzeichen einer extremen Ausnahmesituation, zumindest für moderne Industriegesellschaften europäischen Zuschnitts und d.h. auch für solche Gesellschaften, die aktive Bevölkerungspolitik als Zuordnungspolitik betreiben. Dabei war man auf Bevölkerungsdynamik in unterschiedlichster Bedeutung des Begriffes angewiesen: Bevölkerungen mussten wachsen, und sie mussten

2 Kempowski, Walter (2006): *Alles umsonst*, München: Knaus, S. 113.

flexibel sein, bezogen auf den Ort, aber auch auf mögliche Statuswechsel. Lokale und soziale Mobilität sind Kennzeichen moderner Gesellschaft. Sie beruht auf der politischen, ökonomischen, technischen und sozialen Ermöglichung, Orte zu verlassen, zu wechseln, zu gehen und zu kommen, auch: zurückzukommen. Die Entwicklung der Städte als Charakteristikum europäischer Gesellschaft ist hierfür das exemplarische Beispiel. Man geht in die Stadt, hier entwickeln sich Märkte, Mischungen, Möglichkeiten und eben auch: Mehrheiten und Minderheiten. Ebenso entsteht hier der Status des Bürgers als ökonomisch selbständig und politisch verantwortlich. In dieser Gesellschaft wird die Gemeinschaft nicht mehr von außen gestiftet, sondern sie muss nun von innen begründet werden.

Der Prozess der inneren Gründung vollzog sich in Europa auf zwei Arten, die man unterscheiden kann, die sich aber durchaus, und dies wiederum auf unterschiedliche Weise, vermischt haben. Zum einen trat dieser Prozess als Versuch auf, staatliches Territorium und kulturelle Zugehörigkeit in Übereinstimmung zu bringen, und der politische Wunsch nach Nationalisierung konnte sich auch dann als Homogenisierung äußern, wenn die wirtschaftliche und soziale Logik etwas ganz anderes erforderten. Es war das Kollektiv, das sich als solches realisierte oder realisieren sollte. Kollektive Selbstbestimmung aber ließ sich auch als Prozess einer Demokratisierung der Demokratie gestalten, und schließlich konnte die Mehrheitsregel als Verfahren der Wahl ausdifferenziert werden. Nun konnte gezählt werden. Auch die so gefundene Mehrheit konnte sich auf Einheit beziehen und sie schuf Minderheiten. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit aber konnte sich als politischer Streit über Programme und Entscheidungen äußern, nicht als Realisierung eines vorausgesetzten Kollektivs. Der Bürgerbegriff wurde so als Zugehörigkeit und als Beteiligung entwickelt, und in beiden Varianten schimmerte jeweils die andere durch. Man kann diesen bekannten Prozess, der klassischerweise in der Unterscheidung von Bürger und Citoyen ausgedrückt wird, auch anders, soziologisch, fassen: Individualisierung und Vergemeinschaftung bilden eine zusammenhängende Entwicklung. Mischung und Homogenisierung, Subjektivität und Kollektivität, Gemeinschaft und Gesellschaft, Kollektivierung und Individualisierung, all dies sind Begriffe, die diesen Prozess beschreiben.

Die Kollektive der Moderne waren konzeptionell solche der Zugehörigkeit und der Beteiligung (Begriffe, die nicht ganz identisch sind mit den heute oft gebrauchten von Teilhabe und Teilnahme). Arbeitsmigration

gehörte zur modernen Entwicklung ebenso wie eine Politik des Bevölkerungstransfers im Rahmen der europäischen Nationalstaatsbildungen nach 1918 und eine Politik der Bildung von Kolonien als Unterwerfungen und als besondere Form der Einverleibung. Faktisch, d.h. empirisch, gab es keine irgendwie vollständige Überlappung von Territorium und Kultur/Herkunft oder Sprache, obwohl der Forderung nach und mit dem Begriff der kollektiven Selbstbestimmung eine Übereinstimmung politisch immer wieder suggeriert und behauptet wurde, wenn nicht gegenwärtig, so doch historisch und vor allem zukünftig. Dass Nation auf vopolitischer, ja vorgesellschaftlicher Grundlage beruhe, d.h. auf einem als empirisch gegeben behauptetem Volk, einer Kultur oder Sprachgemeinschaft, wurde zur unhinterfragten, gedachten und behaupteten Voraussetzung einer Politik der (mittel-)europäischen Staatenbildungen, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg. Es entstand eine Politik von Mehrheiten- und Minderheitenverhältnissen, die auf einer Normalisierung der Gleichstellung von ethnischer Gleichheit und politischem Verband beruhte. Konzeptuell wurde so normalisiert, was es faktisch nicht gab. Tatsächlich betrieb gerade Deutschland Minderheitenpolitik, d.h. es skandalisierte im Rahmen des Völkerbundes die deutschen Minderheiten in den neugegründeten europäischen Staaten (Tschechoslowakei; Polen). Gesellschaften erschienen als Gemeinschaften, und als solche wurden sie in den akademischen, soziologischen Selbstthematizationen meist gedacht. Aus anderer Perspektive formuliert: Gesellschaften ohne Gemeinschaft – und dies waren die modernen Gesellschaften faktisch ja – wurden als schwach, als instabil, ja schließlich sogar als unnatürlich gedacht. Immer wieder wurde und wird noch immer so zum Problem gemacht, was doch gerade die Struktur von Gesellschaft ist: vielfältig, nicht-homogen, uneindeutig, differenziert, komplex und auch unüberschaubar zu sein.

Die faktische Homogenität der deutschen Gesellschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts aber war eine Ausnahme, weil auch sie nur als Gesellschaft weiter existieren konnte, nicht als Gemeinschaft. Flüchtlinge waren zentrales Thema und Problem von Politik und auch der soziologischen Untersuchungen der frühen Bundesrepublik. Flüchtlinge, die sozial ausgegrenzt wurden, obwohl sie doch dazu gehörten. In der DDR wurden die Flüchtlinge integriert ohne als solche anerkannt zu sein. Zudem wurde die hergestellte Homogenität auf Dauer aufrechterhalten, ein wenig beachteter Aspekt der geschlossenen Gesellschaft, deren Selbstbezeichnung als Repu-

blik auf der anderen Seite so wenig zur Realität passte wie die der Ethnie auf der anderen. Man erhält einen Hinweis darauf, dass Homogenität nicht nur eine Ausnahme in modernen Gesellschaften ist, sondern ihre Entwicklung, ihre Dynamik behindert. Gesellschaften, die für Außenstehende attraktiv sind, können sich entwickeln, entfalten Initiative, bieten Gelegenheiten und sind offen für überraschende Entwicklungen und notwendige Experimente.

Der ökonomische Aufschwung der Bundesrepublik beruhte neben anderem auf der Grundlage eines großen Arbeitskräftepotentials. Flüchtlinge wurden aus den agrarischen in die industriellen Zentren ‚abgeworben‘, zudem setzte die Rationalisierung der Landwirtschaft Arbeitskräfte frei. Dennoch entstand schon Mitte der 50er Jahre nicht zufällig in der Landwirtschaft ein Bedarf an Arbeitskräften, da selbst die radikale Rationalisierung nicht mit der raschen Abwanderung in die Industrie Schritt hielt. Die süditalienische Landarbeiteranwerbung nach Baden-Württemberg wurde ein Muster der kommenden industriellen Anwerbung. Zeitlich befristete Anwerbung vertraglich gebundener und tariflich bezahlter junger Männer, die zum Teil die alten Wohnbaracken der Zwangsarbeiter beziehen konnten, ließ die Illusion einer staatlich kontrollierten, wirtschaftlich genutzten und gewerkschaftlich konsentierten befristeten Arbeitsmigration entstehen. Keine Bürger, in welchem Sinne auch immer, sollten kommen. Sollte durch die Anwerbungen, idealistisch überhöht, ein nun friedlicher Beitrag zur kulturellen Integration Europas geleistet werden, war es nichts als der zeitlich befristete Arbeitsaufenthalt für junge, gesunde Männer, die nicht am Leben der jungen Bundesrepublik teilnehmen sollten, der angeboten wurde.³ Man wollte bleiben, was man gerade erst geworden war, ein Volk ohne Kulturkonflikt als Kulturkampf, den man politisch beigelegt hatte (etwa die CDU als christlicher Einheitspartei) und gesellschaftlich zu temperieren suchte. So musste die erste in der Bundesrepublik geborene Generation schließlich bei der Beziehungswahl keine Konfessionsschranken mehr berücksichtigen, eine noch bis in die sechziger Jahre nicht nur auf dem Land konflikthafte Entscheidung. Die Marker der Unterscheidung katholisch/protestantisch aber wurden subtiler und mehr und mehr abgebaut.

3 Siehe zu dieser Geschichte zusammenfassend: Bielefeld, Uli (1988): Inländische Ausländer. Zum gesellschaftlichen Bewußtsein türkischer Jugendlicher in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 97ff.

Heute etwa verstehen nur mehr wenige die Anspielung in der Namensgebung einer Straße, die aus der Neubausiedlung für Flüchtlinge direkt auf die neue, kleine protestantische Kirche führt: Emanuel-von-Ketteler-Straße. Der Name des katholischen Arbeiterbischofs machte zeitgenössisch, Ende der 50er Jahre, den Neuankömmlingen klar, wohin sie, die oft protestantischen Flüchtlinge, gekommen waren. Sie wurden trotz der sozialen Exklusionen durch aktive Politik als Bürger und als Angehörige integriert.

Diese Form der sozial-politischen und staatsbürgerlichen Integration bei vorhandener sozialer Exklusion, war für die nur wenig später kommenden Nicht-Bürger nicht vorgesehen. In der sozialen Marktwirtschaft wurde für die Angeworbenen eine angemessene Bezahlung als gleicher Lohn realisiert und geregelt. Die Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften bei der Anwerbung sollte sowohl Lohndumping als auch eine breit geführte gesellschaftliche Debatte um die Anwerbungen verhindern. Einwanderung war so zunächst kein großes Thema, es sollte gearbeitet werden, es ging, wo überhaupt nötig, um eine unauffällige soziale Betreuung, die die Wohlfahrtsorganisationen von Kirchen und Gewerkschaften übernahmen. Rückkehr blieb für Gesellschaft und Arbeitsmigranten, d.h. in den Erwartungen und den Orientierungen, lange Zeit eines der wesentlichen Themen. Die Einwanderer sollten und wollten sich nicht auf ein Leben in der Bundesrepublik einstellen, sondern sich auf ihre Rückkehr vorbereiten. Noch als der Familiennachzug schließlich zum Ende der siebziger Jahre erlaubt werden musste, sollte der muttersprachliche Unterricht dafür sorgen, dass die Heimatsprache der erste Bezugspunkt noch für die in der Bundesrepublik eingeschulten Kinder blieb. Gesprochene und nicht gesprochene Sprache war schon in den siebziger Jahren ein Politikum, allerdings genau andersherum als heute.

Sprachpolitik als Anforderung der Mehrheitsgesellschaft an Minderheiten stellt weder ein neutrales Mittel zur Integration, noch einen neutralen Gradmesser für ihr Gelingen dar. An Beherrschung/Anwendung ebenso wie an Nichtbeherrschung und Nichtanwendung lassen sich das problematische Verhältnis von Einschluss/Ausschluss, Teilnahme/Nicht-teilnahme aufzeigen. Denn in einer komplexen Gesellschaft können Besonderheiten auch als Fähigkeiten, als Kompetenzen anerkannt und genutzt werden. Keineswegs aber lässt sich aus Sprachbeherrschung schließlich in Wort und Schrift ein Integrationserfolg im Sinne einer Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft automatisch ableiten. Die Beherrschung von Sprache ist ganz im Gegenteil

auch eine Voraussetzung dazu, Kritik zu formulieren, Selbstbewusstsein zu entwickeln und die Eigenheit zu betonen. Bürger, neue Bürger, sind nicht neue Untertanen, sondern selbstbewusste, ihre Herkunft kennende und ihre Erfahrungen einbringende – zur Sprache bringende – Leute. Unterschiede verschwinden dadurch nicht, sie können sich steigern, da sie nun, erfahrungsgesättigt und sprachfähig, benannt werden. Wir machen Dinge mit den Worten. Mit ihnen, den Worten, kann man sich organisieren, man kann an Diskursen nicht nur teilnehmen, sondern sie (an-)führen, sie anregen. Hierfür stehen etwa Organisationen wie ‚Kanak Sprak‘. Es war und ist die elegante, kluge und gebildete Beherrschung der Sprache, die etwa, ein anderes, nun fast klassisch zu nennendes Beispiel, Aimé Césaire dazu führte, seinen Diskurs Über den Kolonialismus (1950) zu schreiben – in der Sprache der Kolonialmacht, politisch eindeutig und literarisch gebildet. Aimé Césaire nennt die Sprache und die Wörter ‚les armes miraculeuses‘ (die wunderbare Waffe). Als Politiker und Poet wurde er 2011 ins Panthéon überführt, gehört nun zum französischen nationalen Gedächtnis. Es wird aus guten Gründen über die von ihm gezogene Parallele zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus gestritten. 2008 wurden Texte von ihm aus dem französischen Abiturskanon zurückgezogen. Bei Sprache und Sprachen geht es nicht um ein Entweder/oder, um Muttersprache oder die Sprache der Mehrheitsgesellschaft, um Beherrschung oder Nichtbeherrschung, sondern um ein notwendiges gesellschaftliches Angebot, die gesprochenen Sprachen in ihrer Schrift, Geschichte und Struktur in Schulen kennenlernen zu können. Dass dieses zu schaffende Angebot an alle, in der Bundesrepublik etwa das Angebot, türkisch zu lernen, von den Gruppen sehr unterschiedlich wahrgenommen werden wird, ist erwartbar: Auch die kulturellen Interessen verteilen sich nicht zufällig. Sprache ist nicht vor allem Integrationsmittel und -indikator, sondern sowohl Werkzeug von Identitätsbildung, Meinungsbildung und deren Äußerung, als auch die Fähigkeit zu unmittelbarem (Selbst-)Ausdruck in einem. Daher sind Sprachdiskurse solche über Identität, über Politiken der Identität. Der Streit über Sprachen, Sprachfähigkeit und Anwendung, etwa ob man in der Sprache der Unterdrückten schreiben dürfe, den man am Beispiel Aimé Césaires illustrieren könnte, ist nicht entscheidbar. Er kann auf eine Weise fruchtbar gemacht werden, der nicht mit dem Verbot oder dem Befehl, eine Sprache zu gebrauchen, zusammenhängt. Jacques Derrida, Franko-Maghrebiner und Algerier, der seit seiner Geburt französisch sprach und das Französische wie kaum ein ande-

rer beherrschte, stellte als Ausgangspunkt seiner Überlegungen zum Monolingualismus fest: „Ich habe nur eine Sprache, und die ist nicht die meinige / die gehört nicht mir“.⁴ Es wird in einer nicht-substantialistisch gedachten Identitätspolitik darum gehen, Sprache und Sprachen zu haben, die einem nicht gehören. Man könnte es auch so ausdrücken: es geht um das Haben, nicht um das Sein. Hat man etwas, kann auf den Gebrauch abgestellt werden, auf die Fähigkeit, eine oder mehrere Sprachen zu gebrauchen. Sprachdiskurse sind dann solche über den gesellschaftlichen Gebrauch von Identität, Diskussionen über Beteiligungen und Verfügbarkeit.

Die Rückkehr der Arbeitsmigranten blieb ein politisches Ziel auch dann, als der Verbleib vieler in der Bundesrepublik längst zur sozialen Tatsache geworden war. Ganz unterschiedliche Gründe hatten hierzu beigetragen: die Chancenlosigkeit im Herkunftsland; die Gewöhnung an das Neue; die Interessen der Arbeitgeber, ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklungen. Der Anwerbestopp von 1973 reagierte auf steigende Arbeitslosigkeit, vor allem aber auf den Beginn eines Perspektivenwechsels. Zukunft wurde mehr und mehr in Begriffen von Sicherheit und Unsicherheit, nicht mehr in denen von Wachstum und Fortschritt gedacht. Die Fremden, keine Bürger, noch ohne Chance auf einen Statuswechsel, wurden nun mehr nicht als Arbeitskräfte, sondern als Unsicherheitsfaktoren thematisiert. Sie blieben, obwohl sie doch gehen sollten, sie zogen in die Innenstädte, in meist teure, aber nicht sanierte Altbauwohnungen (und erhielten so nebenbei einen Bestand, der schließlich später saniert werden konnte und den neuen städtischen Mittelschichten zur Verfügung stand). Sie wurden sichtbar und nahmen nun nicht nur Arbeitsplätze weg, die zuvor niemand wollte, sondern sie gefährdeten unmittelbar die Sicherheit in den Großstädten. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich in den 70er Jahren nicht nur auf die Gefährdung der inneren Ordnung durch den Terrorismus und die unruhige Generation, sondern auf eine steigende Jugendkriminalität, in der den ausländischen Jugendlichen, so war nun die häufigste Bezeichnung, eine Sonderrolle zugeschrieben wurde. Zum Ende der 70er Jahre, die Familienzusammenführung war gerade ermöglicht worden, nahm der Diskurs der Gefährdung zu. Es war klar, dass sich die Bevölkerungsstruktur verändert hatte. Die Wahrnehmung dieser Veränderung aber geschah als ‚negative‘. Es war etwas passiert, das nicht hätte passieren sollen,

4 Derrida, Jacques (2003): *Einsprachigkeit*, München: Fink, S. 11.

niemand übersehen konnte und dennoch nicht einfach akzeptiert werden sollte. Nun wurden vor allem Gefahren wahrgenommen, auch, indem man sie übersteigerte. Mitten unter uns, in den Institutionen, in den Schulen, auf den öffentlichen Plätzen, war eine vorgestellte und ‚reale‘ mögliche Gefährdung entstanden. Einige Jahre bestimmte ein Kriminalitäts- und Kriminalisierungsdiskurs die Vorstellungen und Perspektiven vor allem von dem männlichen Teil der ausländischen Jugendlichen. Als potentielle Gefährder der Ordnung blieben sie seitdem unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit und der Kriminalitätsstatistiken. Das Potentielle wurde immer wieder durch das Faktische angeregt. Denn es gab und gibt ja tatsächlich ‚Probleme‘ unterschiedlichster Art: der Einbindung in Schule, Arbeit, Wohnquartiere etc., der Segregation und der Absonderungen und, auch der kriminellen Handlungen. Und selbstverständlich lassen sich Probleme von heute als Gefahren von morgen darstellen.

Immer wieder bestimmt das Vorgestellte, das zukünftig als wirklich Gedachte die Wahrnehmung des heute Realen. Auch das ist wiederum an sich nichts Besonderes. Ein Problem wird dies erst, wenn die Vorstellung des Zukünftigen, die Antizipation an die Stelle der Wahrnehmung der Realität tritt. Es ist eben diese Struktur, die häufig, zu häufig, die Diskussionen um Einwanderung, Minderheiten und Zugehörigkeiten bestimmt. Ganz unabhängig von irgendeiner Rationalität der Argumente ist es der Titel des Buches *Deutschland schafft sich ab*, der eben diesem Mechanismus entspricht, ihn bedient und befördert. Nicht nur die gesellschaftliche Ordnung sei gefährdet, so suggeriert es der Titel, sondern das als real behauptete vorgestellte Ganze. Man kann dies in diesem Falle nicht nur mit Zahlen belegen, sondern mit einem Gesicht, mit Gesichtern, Orten und mit Beispielen. Berlin-Neukölln ist, nach Kreuzberg, zum exemplarischen bundesrepublikanischen Ort geworden, an dem nicht nur die Realität, sondern die Zukunft sichtbar wird, so die implizite These. Orte, Institutionen, Akteure (Richter und Richterinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Jugendliche, Einwanderer, Kopftuchträgerinnen, Familien, ethnische Geschäfte, muslimische Vereine) sind benennbar, darstellbar, auflistbar und die statistische Liste ist, nicht nur im Buch von Thilo Sarrazin, eines der wesentlichen Mittel, unsere Vorstellungen herzustellen. Deshalb sind sie so wichtig für Politik, Forschung und Debatte. Die Zahlen, so wird behauptet, zeigen, dass die Vorstellungen keine Einbildungen sind, sie nicht ‚phantastisch‘ sind. Mit den Zahlen werden Erfahrungen (und diese sind ernst zu nehmen) auf Erwar-

tungen übertragen und diese beeinflussen nun die Wahrnehmungen und Interpretationen der Erfahrungen. Wiederum gilt: Ohne diesen Mechanismus könnten wir nicht handeln. Erst die Verselbstständigung der Erwartungen von den Erfahrungen, die ja noch ganz andere Orte kennen als Neukölln, die in Neukölln selbst noch ganz andere Realitäten finden können als die meist beschriebenen, erst wenn also die Erwartungen die Erfahrungen so beeinflussen, dass Wirklichkeit kaum mehr wahrgenommen wird, erst dann hat die antizipierende Deutung, nun als Ressentiment, über die Erfahrungserwartung gesiegt. Dann nimmt man überall Muslime wahr, die es ja tatsächlich gibt, und von denen einige wirklich ‚fundamental‘ sind. Wird die ressentimentgesteuerte Wahrnehmung zur vorherrschenden Realitätsdeutung, dann, so kann man gegen den Titel des Buches sagen, dessen Thesen nach den Morden des *Nationalsozialistischen Untergrunds* weniger oft und weniger suggestiv genannt werden, schafft sich Deutschland ab, das unter anderem mit der Veränderung seiner Bevölkerungsstruktur wieder zu dem, was es ist, d.h. zur Gesellschaft geworden ist. Nur in dieser Form, als Gesellschaft, kann es ein Deutschland als postsouveränen Nationalstaat geben, d.h. u.a. mit den Einwanderern als neuen Bürgern. Deutschland als Gemeinschaft wäre die Abschaffung der ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten Gesellschaft. Deutschland kann nicht mehr als wie immer gedachtes homogenes Gebilde einer behaupteten Gemeinschaft existieren. Es existiert nur als moderne, postsouveräne Gesellschaft.

Die Gefährder der Ordnung werden nun, auch das ganz ohne gefragt zu werden, genau in diesem gerade dargestellten Konzept, zu Trägern und Garanten der Gesellschaft, aus der sie oft ausgeschlossen werden, gemacht. Eine Anforderung, die eine Überforderung sein kann (und man kann nur jedem wünschen, hiervon zumindest teilweise entlastet zu werden). Zugespitzt ließe sich sagen, dass sie einmal zu Opfern von Ausschluss, das andermal von Einschluss werden. In beiden Fällen verschwinden sie im Extremfall. Aber sie sind weder nur passive Opfer von sozialem und politischem Ausschluss, noch Retter der Gesellschaft, da sie kulturelle Vielfalt garantieren würden. Die Zuschreibung als Retter oder rettendes Opfer erweist sich vielmehr als ebenso differenzierungsbedürftig wie die des Gefährders. Sie sind Teil der Gesellschaft, ihrer Struktur, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, nicht mehr und nicht weniger, weder Retter noch Gefährder. Beide Begriffe sind nicht neutral, weder der des Opfers noch der des Gefährders. Der Gefährder ist als auch polizeilich benutzter Begriff in

den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts im Kontext von Prävention und zunehmender, auch politisch begründeter Gewalt entstanden. Seine Anwendung verengte sich nach dem 11.09.2001 auf eine besondere Gruppe: muslimische Gefährder. An diesem Begriff ließe sich erneut das Verhältnis von Imagination und Vorstellung einerseits, von Realität andererseits, beschreiben. Nun konnten Einwanderer Opfer eines Begriffs werden, der sich mit der Unterstellung eines religiösen Motivs zur erwarteten Gewalt paarte. Dabei handelt es sich nicht um ein Phantasma. Es gab und gibt die so benannte Gefahr und die Personen, von der sie ausgeht. Es gibt auch eine beobachtbare Rückkehr der Bedeutung von Religion und einen paradoxen Effekt hieraus. Denn nicht nur, aber auch einige der hier geborenen Kinder der Migranten sind Muslime. Religion hatte in diesem Kontext auch eine auf Gemeinschaftsbildung und -erhaltung bezogene Funktion. In diesem Sinne hatte Religion neben einer Unterscheidungsfunktion nach außen eine Integrationsfunktion nach innen. Nun bieten sich Gelegenheiten einer zweiten Wahl. Islamische Organisationen sind in den Staat zumindest teilkorporiert. Sie müssen sich nach dem deutschen Modell der Trennung von Kirche und Staat durchaus nicht im Sinne des Staates verhalten und besitzen dennoch einen Rechtsanspruch auf Lehre und Organisation, in bestimmten Fällen auf bekenntnisorientierten Unterricht. Religionsfreiheit ist an korporative Rechte gebunden. Die Organisationsform der muslimischen Vereine in der Bundesrepublik ist durch Auseinandersetzung mit und in Anpassung an deutsches Religionsverfassungsrecht, dem ehemaligen Staatskirchenrecht, entstanden. Es handelt sich nicht um religiöse Parallelgesellschaften, sondern um rechtskonforme Gemeinschaften. Zwar muss die Trennung von Staat und Kirche faktisch akzeptiert werden, keineswegs aber haben sich Religionen selbst intern und in ihrer Lehre demokratisch zu verfassen bzw. zu rechtfertigen. Zum anderen aber ist der Islam seit dem 11.09.2001 politisiert. Daraus leitet sich der beständig formulierbare Verdacht ab, zumindest keine Bindung an den Staat zu besitzen. Neben Bildung und Sprache, neben bevölkerungspolitischen Argumenten der zu wenigen und der zu vielen Kinder, wurde die Religion zu einem Themenbereich, mit dem eine Problematisierung und auch Diskriminierung von Minderheiten und Einwanderern einhergehen konnte.

Es reicht nicht, den vielfältigen Ausschluss von den Zugängen zum Arbeitsmarkt, die Hauptschule als ‚Ausländerschule‘, die gespürte Fremdenfeindlichkeit zu registrieren und zu erfassen. Sie wird von allen Akteuren

interpretiert, in Alltagstheorien und mit Argumenten verarbeitet. Ausschlussverfahren als nicht nur tatsächliche, sondern gefühlte Ungerechtigkeiten verweisen auf Kritik und die Notwendigkeit von Rechtfertigungen. Die Beobachtungen, dass es gerade die Bildungsaufsteigerinnen aus dem (Gast-)Arbeitermilieu sind, die eher zu Kopftüchern greifen, sei es Mode oder Überzeugung, verweisen auf die alte, schon von den Soziologen Barrington Moore und Norbert Elias gemachte Beobachtung, dass es nicht die Schwächsten der Schwachen sind, die sich, in welcher Form auch immer, wehren, aktiv werden oder reagieren. Die Gelegenheiten werden von bestimmten genutzt, nicht von allen. Das Problem der Gerechtigkeit ist nicht nur eines der objektiven Ungleichheit, sondern eines der als ungerecht bewerteten Ungleichheit. Ein Grund, warum Exklusionsempfinden, anders formuliert, warum nicht-rechtfertigungsfähige Ungleichheit und die Forderung nach Anerkennung mehr und mehr Eingang in die Gespräche findet. Kulturkampf ist dann eine hässliche Begleiterscheinung der pluralistischen Gesellschaft, die dennoch ethnische Homogenität als das erscheinen lässt, was sie war: eine kurze, extreme Folge einer verbrecherischen Politik. Die nicht-homogene Gesellschaft kennt Opfer und Täter, kennt die Debatten über den Ausschluss und die Gefährdungen, kennt Sicherheitsbedürfnisse und Präventionsforderungen und deren Umschlag in Ressentiment und Selbstverwirklichung. Reale Exklusion und Exklusionsempfinden stärken tendenziell die Gemeinsamkeitsgefühle, die es dann symbolisch zu realisieren gilt. Es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten zu dieser symbolischen Vergemeinschaftung, u.a. die Betonung von Kultur, Sprache und/oder Religion. In eine knappe Formel übersetzt heißt dies: Die vielfältigen Gemeinschaftsbildungen gehören zur Struktur der nicht-homogenen Gesellschaft, wie auch die Konflikte, die damit verbunden sein können.

Die strukturell angelegten Konflikte können, aber müssen sich nicht verselbstständigen. Ich möchte dies anhand einer kurzen Fallgeschichte verdeutlichen. Mert wird in Hamburg geboren. Sein Vater baut einen Lebensmittel- und Gemüseladen in einem bürgerlichen Stadtteil auf, die Mutter arbeitet, um die Unsicherheiten des Geschäftes abzusichern, im Krankenhaus. Er geht in den gemischten Kindergarten, wird in die lokale Grundschule eingeschult. Die Hälfte der Schüler ist deutscher Herkunft, auch aus Oberschichten, der andere Teil ist bunt zusammengesetzt, Deutsche russischer Herkunft, meist als die Problemschüler bewertet, Kinder aus allen Ländern der klassischen Arbeitsmigration, Flüchtlingskinder aus

den ex-jugoslawischen Ländern, aber auch aus wohlhabenden Einwanderermittelschichten. Mert spricht gut deutsch, aber er ist ein mittelmäßiger Schüler. Die Gruppenbildungen in der Klasse sind unabhängig von den Herkunftsländern, wie die Einladungen z.B. zu Geburtstagsfesten zeigen. Ein Teil der Jungen spielt, ebenso herkunftsgemischt, im lokalen Fußballverein. Erste Entmischungen vollziehen sich nach traditionell deutschem Muster nach der vierten Klasse. Viele der deutschen Schüler verteilen sich hauptsächlich auf drei gut erreichbare Gymnasien: eine alte, eingeführte altsprachliche Bildungsanstalt, die den Bildungs- und den Oberschichten (und einigen Ehrgeizigen) vorbehalten bleibt, ein reformiertes altsprachliches Gymnasium, mittelschichtsorientiert, aber mit dem Blick nach oben, und ein ‚modernes‘ Gymnasium mit Wirtschaftszweig und zum Teil englischer Unterrichtssprache, wenn man so will für die Pragmatiker. Mert geht zunächst auf diese Schule, scheitert und kommt zurück in die Gesamtschule, zu der auch die Grundschule gehörte, besucht an dieser den Realschulzweig. Der Fußballverein erweist sich als weiterlaufender Ort der Integration, allerdings nur bis in die Adoleszenz. Einerseits werden nun die Spieler nach Leistungsstärke sortiert, andererseits bilden sich nun vermehrt Herkunftsgruppen. Gemeinsame Freizeit findet weniger statt. Die ‚Türken‘, man kann aber auch sagen, die, die nicht mehr zur Schule gehen, bilden eine mehr und mehr eigene Gruppe, ein deutscher Spieler polnischer Herkunft bekommt eine Brückenfunktion. Modische religiöse Symbole werden benutzt (Bekreuzigung vor dem Spiel). Mert bekommt Schwierigkeiten, sitzt auf der Ersatzbank, die Schule läuft nicht, die Eltern reagieren mit kontraproduktiven Strafen (Spiel- und Trainingsverbot). Er findet keine Lehrstelle (‚weil ich Türke bin‘). Der Vater baut zusätzlich einen Getränkehandel auf, den Mert, murrend und widerständig, verantwortlich führen muss. Abends trifft er sich mit seinen nun türkischen Freunden, kleine Geplänkel mit der Polizei, nichts weltbewegendes, aber Ärger. Ab und an begegnen sich die nun getrennten Welten wieder, es gibt keine Feindschaft, aber auch keine Freundschaft mehr. Mert hat Arbeit (schlecht bezahlt im Familiengeschäft, aber mit einer Zukunft in der Selbstständigkeit), er ist Deutscher und fühlt sich als ausgegrenzter Türke mit bescheidenen Chancen und vor allem: als jemand, der sich zwar im lokalen, nicht aber im vorgestellten großen Ganzen verorten kann. Das an Erfahrungen und objektive Strukturen anknüpfende Exklusionsempfinden erweist sich als eine zentrale Variable und wird immer wieder durch gesellschaftliche Debatten

bestätigt. Mert spricht deutsch im lokalen Idiom, ohne sich hörbar zu unterscheiden. Schriftsprache beherrscht er mangelhaft, aber er kann lesen und schreiben. Fußball und Computer, *ethnic business* und Familie, seine Freunde und seine alten Bekannten, die nun in einer anderen Welt leben, gehören in seine lokale Welt. Er ist gut vernetzt, aber es stehen ihm nur wenige, für ihn selbstverständliche und gesellschaftlich geforderte Kategorien zu einer Verortung im größeren Zusammenhang zur Verfügung, zu einer Verbindung von kategorialen Gemeinsamkeiten (Deutsch, Türke, Muslim, Schwarz Weiß) und Netzwerkstrukturen.

Allerdings werden Anforderungen gestellt. Bevor ich diese zu bestimmen suche, möchte ich auf eine sowohl oft eingenommene wie zugeschriebene weitere Rolle eingehen: die Opferrolle. Sie existiert in eben diesen zwei Formen: als zugeschriebene, passiv übernommene, und als erworbene, aktiv getragene. Zudem wird sie auf zwei Ebenen relevant: der des Sozialen und des Politischen. Auf der sozialen Ebene lässt sich schnell benennen, worum es geht. Bei einigen eingewanderten Gruppen häufen sich Merkmale sozialer Exklusion. Einkommen, Bildung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, auf all diesen Ebenen zeichnen sich unter- bzw. überdurchschnittliche Werte ab. Im modernen sozialen Konflikt geht es nicht nur um das Fehlen materieller Mittel, sondern um sich überlagernde, verstärkende und auch neutralisierende Formen und Ebenen des Drinnen- und Draußen-Seins.⁵ Zur objektiven Lage kommt die subjektive Einschätzung hinzu und es sind schließlich die faktischen und die vorgestellten Zugehörigkeiten zu den verschiedenen Gruppen, Netzwerken, Nachbarschaften und Gemeinden, die mit über die tatsächliche Exklusion entscheiden.

Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren als aktive und aktivierende verstanden. Migranten tauchen in ihr in doppelter Form auf: als gerade oder zukünftig Kommende und als Anwesende, als solche, die gerade ‚wandern‘ oder es morgen tun könnten und als schon ‚Eingewanderte‘, solche, die zum Teil lange anwesend sind. Dabei ist längst eine Gruppe entstanden, die sich mit den Kriterien der Integrationsdebatte kaum mehr sinnvoll beschreiben lässt. Zugehörig, aber nicht in der Mehrheit aufgegangen; selbstbewusst und selbstständig die eigene Realität definierend.

5 Dahrendorf, Ralf (1993): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart: Deutsche-Verlags-Anstalt.

Zum Schluss ein Zitat aus einem bundesrepublikanischen Lied, einem Rap, fern von jeder Stammesgesellschaft:

Türken und Deutsche, ein faszinierendes Liebespaar
Ich lese Freud und sehe extreme Triebgefahr
Viel Bla-bla, meistens überflüssiges Gelaber
Im Grunde ist, ich lebe hier und komme von da da
Ich bleib hier und Du hast das schon lange befürchtet
Wo wart ihr als ihr Erci-E zum Kanzler kürtet?⁶

6 Erci E.: Weil ich ein Türke bin, siehe: http://www.youtube.com/watch?v=lq_B97UjV0o&feature=results_videoplaynext=1&list=PL94521FFD344DFF3E, zuletzt am 6.4.2012 eingesehen.

